



Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)
Postfach 218 - CH-3000 Bern 16
Tel. 031 356 27 27 - Fax 031 356 27 28 - PC 30-10011-5
Internet: www.auns.ch - E-Mail: auns@auns.ch

17. ordentliche Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) vom 11. Mai 2002 in Bern

Begrüssung und Standortbestimmung

von Nationalrat Dr. Christoph Blocher anlässlich der 17. ordentlichen Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz vom 11. Mai 2002 in Bern (AUNS)

Liebe Mitglieder
Meine Damen und Herren

I. Unser Auftrag

Die Statuten der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz legen als Auftrag fest:

Art. 2

- Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;
- Einsatz zur **Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit** der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- Kampf für eine Aussenpolitik des Bundes, welche die integrale und traditionelle Neutralität respektiert und damit die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes gewährleistet;
- Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.

Die **Bundesverfassung** beauftragt **Bundesrat** und **Bundesversammlung** unmissverständlich "Massnahmen zur Wahrung (...) der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz" zu treffen (Art. 173 und Art. 185 BV).

Warum, meine Damen und Herren, braucht es denn mit der AUNS eine Lobby für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie, wenn diese Werte doch als die höchsten Güter in unserer Verfassung verankert sind?

Die Antwort ist einfach: Weil diese Werte missachtet, ja sogar grob missachtet werden. Nicht etwa von einzelnen Rechtsbrechern, sondern von der Mehrheit der Politiker und von vielen Wirtschaftsleuten in Grossunternehmen. Ein Grossteil der Presse und die Massenmedien führen einen geradezu erbitterten Kampf gegen diese Werte. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte werfen viele Verantwortliche die Werte, die das Land stark gemacht haben, über Bord, um sich weltmännischer darzustellen, als sie wirklich sind. Nie ist es gut herausgekommen, wenn das Land dies getan hat.

Wer nicht zu seinem Land stehen kann, beweist nicht Grösse, sondern Minderwertigkeitsgefühl. Darum braucht es die AUNS. Ihr Aufmarsch heute beweist aber auch Ihren Willen und Ihre Unterstützung für das Wohlergehen sowie Ihre Sorge um dieses Land.

Meine Damen und Herren,

Im Selbstbewusstsein die **Interessen** des eigenen Landes wahren, ist für die **kleine mehrsprachige Schweiz** nur auf der Grundlage der Selbstbestimmung, der Unabhängigkeit und der Neutralität möglich. Es ist Voraussetzung, dass die Menschen in Freiheit, Eigenverantwortung und Wohlfahrt leben können.

Es ist doch **Tradition** der Schweiz - und das hat gerade auch in turbulenten Zeiten deren Stärke ausgemacht -, dass sie

- **ohne in den Nationalismus** zu verfallen, in **Liebe und Verantwortung zum eigenen Land** handelt,
- **ohne sich einbinden** zu lassen, mit allen Ländern – mit aller Welt - wirtschaftlich, politisch, kulturell und **freundschaftlich** verkehrt. Das ist **Weltoffenheit ohne sich aufgeben zu müssen**.
- wohlwissend, dass **alle Länder ihre Interessen wahren** und Grossmächte dies anders und mit Macht tun können. Darum ist **aussenpolitische Zurückhaltung** ein Akt der **Weisheit für den Keinstaat**.
- wohlwissend auch, dass die Verantwortlichen in Politik, multinationalen Konzernen und die Medien weniger auf diese **Interessenwahrungen** angewiesen sind, als die **Grosszahl der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land**.

Die AUNS ist die einzige, überparteiliche Volksbewegung, welche für die Staatssäulen – Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität – unseres Landes kämpft.

Seit der Geburtsstunde der AUNS war unsere Organisation in einem ungeheuren Ausmass gefordert. Nie hätten wir gedacht, dass unsere Tätigkeit so wichtig werden würde. Wohl ist es gelungen – nicht zuletzt dank zahlreicher Abstimmungskämpfe - die verhängnisvollen Schritte – nämlich **EU-Beitritt, EWR-Kolonialvertrag, ein Berufsparlament, einen NATO-Anschluss** bis heute zu verhindern. Aber es kann nicht gesagt werden, in der Schweiz würden nun der Verfassungsauftrag zur Wahrung der Unabhängigkeit und der Neutralität von den Verantwortlichen ernst genommen.

Das vergangene Jahr war für die Schweiz ein gemischtes Jahr:

- Von grösster Bedeutung und sehr erfreulich war, dass das Schweizer Volk am 4. März 2001 die **EU-Beitrittsinitiative "Ja zu Europa"** mit fast 77% Nein-Stimmen und in sämtlichen Kantonen wuchtig **abgelehnt** hat. Das "gerupfte Huhn", mit dem die im Abstimmungskampf federführende AUNS den Bürgerinnen und Bürgern die schwerwiegenden Nachteile eines EU-Beitritts eindrücklich vor Augen führte, hat seine Wirkung nicht verfehlt.
- Leider haben wir am 10. Juni 2001 die Abstimmung zum **Militärgesetz** äusserst knapp - mit 51% Ja- gegen 49% Nein-Stimmen – verloren. Der Bundesrat, alle Regierungs-Parteien – mit Ausnahme der SVP -, Gewerkschaften und Medien - finanziell unterstützt durch grosse Beiträge der economiesuisse - führten einen Kampf, der einen Erfolg für uns kaum möglich machte. **Doch die Wucht, mit der das "Überparteiliche Komitee Friedensplatz Schweiz" unter Federführung der AUNS den Abstimmungskampf führte, hat Wirkung gezeigt:** Der Bundesrat war genötigt, weitreichende Versprechungen und Zugeständnisse zu machen. Er musste vor allem Beschlüsse der VBS-Geschäftsleitung, die eine starke Anpassung der Armee an die NATO vorsahen, wieder zurücknehmen und auch bei der Umsetzung der Armee XXI zurückbuchstabieren.
- Auch bei der **UNO-Abstimmung** vom 3. März 2002, die mit einem hauchdünnen Ständemehr von 12:11 leider knapp verloren ging, hat der Bundesrat auf Druck des "Aktionskomitees gegen den Beitritt zur politischen UNO", dessen Federführung wiederum bei der AUNS lag, weitgehende Zugeständnisse machen müssen. So war der Bundesrat genötigt festzustellen, die schweizerische Neutralität bleibe "unberührt", und sie werde durch einen -

UNO-Beitritt - sogar "gestärkt". Ebenso versprach der Bundesrat, die Kosten würden maximal 70 Mio. Franken pro Jahr nicht überschreiten. Zudem wolle der Bundesrat keine Schweizer Soldaten unter der UNO-Flagge ins Ausland schicken.

Nun hat allerdings unsere Regierung schon sehr viel versprochen und nicht gehalten. **Das äusserst knappe Ergebnis bringt es mit sich, dass der schweizerische Bundesrat in Sachen Aussenpolitik wohl keine allzu grossen Sprünge vollführen kann.**

Trotzdem - meine Damen und Herren – namentlich der UNO-Beitritt dürfte für unser Land eine Schwächung der **Sicherheit** und einen **Verlust an Freiheit und Unabhängigkeit** bringen. Das schleckt keine Geiss weg. Dieser Entscheid ist vom Schweizer Volk nicht mit Freuden gefällt worden. Die von der Regierung dem Volke herbei geredete Isolationsangst, die Drohung der Schweizer Bischöfe, wer dem UNO-Beitritt nicht zustimme, sei wohl ein schlechter Christ und dergleichen mehr, haben wohl zu diesem knappen Ergebnis beigetragen. Dass es den Befürwortern nicht wohl ist, zeigt die Reaktion der Befürworter nach der Abstimmung. Als hätten sie über das Volks-Ja geradezu ein schlechtes Gewissen - was angesichts der lügenhaften Behauptungen eigentlich auch begreiflich ist – lamentierten die Befürworter und beschimpften die Gegner, als hätten diese gewonnen. Der Kommentar der NZZ nach dem Abstimmungs-Sonntag spricht Bände. So führen sich sonst nur sehr schlechte Verlierer auf.

II. "Oh tempora – oh mores"

Tatsächlich zeigt die **aktuelle Politik**, wie schnell der Niedergang stattfindet, wenn man die grundsätzlichen Werte, die die Schweiz stark gemacht haben, leichtfertig preisgibt. Sie sind heute vor aller Augen sichtbar.

- Mit der Öffnung der Schweiz für die 40-Tonnen-Lastwagen im Transitverkehr hat man das wertvolle **Pfand des Gotthards**, der für die Schweiz während hunderten von Jahren eine wichtige Gewähr und Stärke in den aussenpolitischen Verhandlungen bedeutete, preisgegeben. Das **Lastwagen-Chaos** ist nur die sichtbare Misere der Aussenpolitik unseres Bundesrates.
- Naiv dachte der Bundesrat, nach diesem grosszügigen Entgegenkommen gegenüber umliegenden Ländern, trete Dankbarkeit und Ruhe ein. Doch nach dem ersten Streich, folgte der zweite also gleich: Nur einen Tag nach der Abstimmung über die bilateralen Verträge, kündigte Deutschland **die Luftverkehrsabkommen** mit der Schweiz. Was hat Bundesrat Leuenberger folgerichtig getan? **Selbstverständlich hat er auch hier nachgegeben.**
- Kaum hat man beim Luftverkehrsabkommen nachgegeben, fordert die EU unverzüglich die **Preisgabe des Bankkundengeheimnisses**. Wie tönt es aus dem Bundeshaus? "Das Bankkundengeheimnis ist nicht verhandelbar, aber entwicklungsfähig". (Originalton Bundesrat Couchepin) Übersetzt heisst das : "Wir geben nach, schon vor der Verhandlung." Damit ist die EU in der Schwächung des schweizerischen Finanzplatzes ein gehöriges Stück vorangekommen. **Die AUNS unterstützt die Bestrebungen, das Bankkundengeheimnis und deren inhaltliche Umschreibung in der BV zu verankern.** Einem Bundesrat, der schon soviel preisgegeben hat, kann man nicht trauen.

Kaum ist die Schweiz Vollmitglied der UNO, gibt sich die schweizerische Regierung eine **aussenpolitische Blösse** nach der anderen, und **gibt die Schweiz zudem im Ausland der Lächerlichkeit preis:**

- Nur einen Monat nach der UNO-Abstimmung, am 3. April 2002 erklärte eine Sprecherin des EDA am Schweizer Fernsehen (mit Namen Muriel Berset Kohen; der verantwortliche Aussenminister Deiss weilte gerade in Zentralasien) die Schweiz **"überprüfe ihre wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Israel."** Nach scharfen Kritiken an solchen Verlautbarungen durch Subalterne des EDA, erklärte der EDA-Informationsschef, die betreffende Sprecherin sei sehr wohl "kompetent" gewesen für eine solche Verlautbarung.

Sie habe vorher im EDA "den Nahen Osten betreut" und spreche fließend Arabisch. Und der Aussenminister, der sich nach seiner Rückkehr aus dem Ausland mit lebenswichtigen Dingen – vor allem mit angeblich gefälschten Bildern in Ringiers Boulevards-Blättern über seinen Botschafter - beschäftigen musste, erklärte schliesslich, das Ganze sei "**überinterpretiert**" worden.

- Bei diesem ausserpolitischen JEKAMI wollte auch die Mehrheit **der APK** - der ausserpolitischen Kommission des Nationalrates - vorangehen. Sie wollte am 22. März 2002 einen Parlamentsbeschluss erzwingen, womit sich die Schweiz einseitig und unter **krasser Verletzung der Neutralität in den Nahostkonflikt** eingemischt hätte. Nur dank der Intervention einer Gruppe von Parlamentariern, die zu einem wesentlichen Teil der AUNS angehören, konnte diese unverantwortliche Aktion gestoppt werden.
- Wie tief der Respekt und die Achtung gegenüber unserer Regierung gesunken ist, zeigt die Tatsache, dass eine Pressemitteilung aus dem Bundeshaus grossspurig ankündigte, "Bundesrat Pascal Couchepin, Wirtschaftsminister und Vizepräsident der Schweizer Regierung", werde nach Spanien reisen, um dort u.a. mit Finanzminister Cristobal Montoro Gespräche zu führen. Doch in Spanien eingetroffen – war der spanische Finanzminister "nicht abkömmlich". **Und der Herr Vizepräsident und Wirtschaftsminister hatte sich mit dem Sekretär zu begnügen.**

Meine Damen und Herren, wir sind **tief besorgt über die amateurhafte, desolante Vertretung unseres Landes im Ausland**. Weniger wäre mehr! Wer führt eigentlich hier?. Sind es eigentlich ein paar sektiererische Weltverbesserer, oder ist es der Ringier-Konzern, oder sind es ein paar wichtigtuereische Politiker, oder ein paar reisefreudige Bundesräte und Parlamentarier, die das Zeppter führen? **Plötzlich bekommt die integrale Neutralität für unser Land eine ganz neue Bedeutung. Sie ist dringend notwendig, damit unserer Regierung nicht jeden Tag eine neue Dummheit verrichten kann. "Oh tempora, oh mores!"**

Sie sehen, die AUNS ist nötiger, denn je. Das erkennen auch immer mehr Leute in unserem Lande. Interessanterweise sind nach der verlorenen UNO-Abstimmung keine Mitglieder aus unserer Organisation ausgetreten, sondern wir verzeichnen Neumitglieder. **Diese haben gesehen, dass es ihr Engagement jetzt erst recht braucht.**

III. Was ist zu tun?

Meine Damen und Herren, für die Zukunft gibt es viel zu tun:

1. Ziel: EU-Beitritt verhindern

Es ist das erklärte **Ziel des Bundesrates** (in Missachtung des wuchtigen Volks-Neins zur EU-Beitrittsinitiative vom 4.3.2001 und weiterer Volksentscheide) unser Land in der Legislaturperiode 2003/2007 in die Europäische Union zu „führen“. Zu diesem Zweck tut der Bundesrat alles, um die **"Beitrittschürden" zur EU abzubauen**. Wer das Gegenteil sagt, spielt mit verzinkten Karten.

Dieser Schritt ist zu verhindern.

Am 29. Mai 2000 hat Bundesrat Deiss in einer Rede an der Universität Zürich den **bundesrätlichen Fahrplan zum EU-Beitritt** bekanntgegeben: Er sprach:

- "Wir sollten (...) aufhören, vom "strategischen Ziel" zu reden. Von jetzt an ist das Ziel des EU-Beitritts nicht mehr "strategisch": es ist **ein in Arbeit befindliches Projekt**".
- Bundesrat Deiss, der im Vorfeld der UNO-Abstimmung vehement bestritten hat, dass der **UNO-Beitritt eine Etappe zum EU-Beitritt** ist, sagte zwei Jahre früher wörtlich: **"Die Marschrichtung kennen wir, jetzt gilt es also, die Route festzulegen und die Etappen zu meistern."**
- Und weiter sprach Deiss: "Dies ist die Stunde der Wahrheit für die Europa-Befürworter. An uns ist es jetzt zu zeigen, dass wir fähig und willens sind, mit Weitsicht die im Interesse unseres Landes notwendigen **Anpassungen** vorzubereiten."

- "Wir müssen die Zeit bis zum EU-Beitritt nutzen, um Reformen durchzuführen – sprach er." "Gleichzeitig erhöhen wir damit (...) unsere Beitrittsfähigkeit. **Wir können so die Hürden, die sich heute einem Beitritt entgegenstellen, schrittweise abbauen (...).**"
- "Der **Mehrwertsteuersatz** könnte angehoben werden (...)."
- (Mit der) **Regierungsreform** (...) erhöhen wir unsere "Europa- Kompatibilität"

fährt der bundesrätliche Sprecher weiter.

2. Schengen und Abschaffung des Bankkundengeheimnis

Obwohl noch nicht einmal das 1. Paket der bilateralen Verträge mit der EU in Kraft ist, treibt der Bundesrat bereits ein zweites Paket voran, das die Schweiz gar nicht braucht und das für unser Land schwere Nachteile bringt: Der Bundesrat will das sogenannte **Schengener Abkommen und das Dubliner Abkommen** mit der EU vorantreiben, das unsere Grenzen öffnet und eine folgenschwere Gleichschaltung im Justiz-, Asyl- und Migrationsbereich herbeiführen soll.

Als "Gegengeschäft" verlangt die EU von der Schweiz Zugeständnisse beim Bankkundengeheimnis. In Tat und Wahrheit will die EU unsere **Bankkundengeheimnis aufweichen und beseitigen**, um unseren starken Finanz- und Bankenplatz zu schwächen.

In der bundesrätlichen Botschaft vom 23. Juni 1999 "zur Genehmigung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU" hat der Bundesrat festgestellt, solche Verhandlungen kämen für jene Bereiche **nicht** in Frage, bei denen "Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind". Als Beispiel hat der Bundesrat damals ausdrücklich "**Schengen**" genannt. Heute gilt das alles nicht mehr. Man muss verstehen, dass unser Vertrauen in den Bundesrat sehr angeschlagen ist!

3. Aktionen der AUNS

Die AUNS hat ihre Kampfkraft und ihre Standfestigkeit in nächster Zeit immer wieder unter Beweis zu stellen. Wir haben dort konsequent anzutreten, wo es um die Staatssäulen und die Interessen der Schweiz geht!

- Mit dem heutigen Tag beginnt der **Kampf gegen den Beitritt zum Schengener Abkommen**, weil dieser **Kolonialvertrag** für unser Land mit schweren Nachteilen verbunden wäre.
- Wir haben mitzuhelfen, dass die **Armeereform** (Armee XXI) in vernünftigen Bahnen verläuft. Wir wollen eine moderne, zahlenmässig starke schweizerische Milizarmee, die unser Land nötigenfalls schützen und verteidigen kann. Eine NATO-kompatible Armee lehnen wir ab.
- Wir werden die "**Goldinitiative**" zugunsten der AHV unterstützen nach dem Leitsatz: "Dem Volk, was dem Volk gehört!" Wir sagen Nein zur sogenannten "Solidaritätsstiftung", die unter **Erpressungsdruck aus dem Ausland** entstanden ist. Diese Abstimmung findet bereits am 22. September 2002 statt.
- Wie bereits 1992 sagen wir **Nein zur Schaffung eines Berufs-parlaments**, das den ausserpolitischen Aktivismus verstärken und die Aushöhlung unserer Unabhängigkeit und Neutralität noch mehr vorantreiben würde.
- Wir kämpfen **gegen den Missbrauch im Asylwesen** mit der Unterstützung der Volksinitiative "gegen Asylrechtsmissbrauch", über die voraussichtlich am 24. November 2002 abgestimmt wird.
- Wir sagen Nein, wenn versucht werden soll, die **Einbürgerung** durch ein **Beschwerderecht** dem Volk zu entziehen.
- Wir führen den **Kampf** gegen den Abbau von EU-Beitrittschürden und **gegen den EU-Beitritt**.
- alle Gelüste zum **NATO-Beitritt** sind zu unterbinden.

Schlusswort

Die **AUNS** umfasst heute über 41'000 Mitglieder, nämlich genau 41'562. Wir stehen als **Volksbewegung** und als bedeutendste politische Kraft zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität mitten in einer Reihe von grossen Herausforderungen.